



Lkw-Parkplatz an der A2

## Mindestlohn EU prüft Verfahren gegen Deutschland

Deutschland droht wegen der Einführung des Mindestlohns möglicherweise ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission. Brüssel fürchtet, dass die entsprechenden Regeln für Speditionen den

freien Waren- und Dienstleistungsverkehr in Europa behindern könnten. Auch ausländische Transportunternehmen, die ihre Lkw nur im Transit durch die Bundesrepublik schicken, müssen ihren Fahrern für die Dauer der Durchreise den Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen. In einem Brief an die

Bundesregierung kündigt EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc nun ein Pilotverfahren an, um diese Vorschriften zu prüfen. Sie bittet „zu erläutern, welches überwiegende öffentliche Interesse“ es rechtfertigt, dass den Mindestlohn auch ausländische Verkehrsunternehmen zahlen müssen, „die Deutschland ohne Be-

und Entladung durchqueren“. Das Schreiben liegt jetzt Arbeitsministerin Andrea Nahles vor. In ihrem Ressort heißt es, die Bundesregierung werde sich „konstruktiv“ in das Verfahren einbringen und ihre „Auffassung zur Vereinbarkeit der deutschen Regelungen mit dem Unionsrecht umfassend darlegen“. ama, cos

## Public Relations „Mehr Transparenz schaffen“



**Kat Ainger**, 40, Aktivistin bei Corporate Europe Observatory, über europäische PR-Agenturen und deren Geschäfte mit Diktatoren

**SPIEGEL:** Sie haben untersucht, wie sich Machthaber mithilfe von Beratern ein sauberes Image verschaffen – wer war da am erfolgreichsten?

**Ainger:** Aserbaidzhan und Kasachstan – wobei Kasachstan wohl die Nase vorn hat.

**SPIEGEL:** Warum?

**Ainger:** Weil es Diktator Nursultan Nasarbajew vor einigen Jahren gelang, Tony Blair als Berater zu engagieren. Und Blair folgte eine ganze Armada an Ex-Spitzenpolitikern, die sich einspannen ließen, Gerhard Schröder und Romano Prodi etwa. Inzwischen

sitzt Kasachstan, das Menschenrechte mit Füßen tritt, im Uno-Menschenrechtsrat.

**SPIEGEL:** Welche Agenturen haben sich bei derartigen Jobs besonders hervorgetan?

**Ainger:** Portland in London war sehr aktiv, auch in Katar. Dort hatten sie nach der Kritik an den menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen in dem zukünftigen Fußball-WM-Land geholfen, einen Blog zu initiieren. PR-Spezialisten nennen so etwas Astroturfing: Der sah aus wie eine Initiative von Fußballfans, die für Katar ein-



Polizeieinsatz in Kasachstan

standen, war aber bezahlte PR.

**SPIEGEL:** Waren auch deutsche Berater zu Diensten?

**Ainger:** Ja, Consultum aus Berlin etwa. In deren Beirat saß lange Hans-Dietrich Genscher, Ex-Wirtschaftsminister Michael Glos ist immer noch dabei. Die haben sich wiederholt für Kasachstan oder Aserbaidzhan ins Zeug gelegt.

**SPIEGEL:** Sind diese Berater stets als PR-Leute erkennbar?

**Ainger:** Nein. Ein Consultum-Mann trat offenbar auch als Journalist auf und stellte bei Konferenzen nette Fragen. Und das war dann so verkappt auch in kasachischen Medien nachzulesen.

**SPIEGEL:** Würde ein verbindliches Lobby-Register, das es in Brüssel bisher nicht gibt, helfen?

**Ainger:** Es würde derlei dreckige Arbeit nicht aus der Welt schaffen, aber für mehr Transparenz sorgen. Das wäre zumindest ein erster Schritt. nkl

## Subventionen Schäuble kontrolliert Effizienz

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will in seinem Subventionsbericht künftig prüfen, wie nachhaltig die staatlichen Hilfen sind. Dabei soll dargelegt werden, welche Auswirkungen öffentliche Unterstützungszahlungen etwa auf die Umwelt, aber auch die Staatsfinanzen haben. Außerdem würden künftig alle Subventionen „regelmäßig in Bezug auf den Grad der Zielerreichung sowie auf Effizienz und Transparenz evaluiert“, heißt es in einer Kabinettsvorlage für kommende Woche, wenn die Bundesregierung ihre neuen „Subventionspolitischen Leitlinien“ beschließt. Schäuble muss den Bericht alle zwei Jahre vorlegen. Bislang bewertete er darin die Auswirkungen von Subventionen auf Wachstum, Wettbewerb oder Verteilung. rei